

Fulda, 24. November 2009

Resolution: Mehr Klimaschutz durch mehr Biolandbau

Die Bioland Bundesdelegiertenversammlung

fordert die Bundesregierung auf, die Potentiale des Biolandbaus als Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bei der Ausgestaltung ihrer Politikmaßnahmen aufzugreifen und verstärkt zu nutzen.

Im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Kopenhagen rückt die Frage, wie auch die Landwirtschaft ihren Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten kann, verstärkt in den Fokus. Deutschland muss bis 2050 die Emissionen um mindestens 80 Prozent senken. Die Landwirtschaft verantwortet 16 % der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland. Wissenschaftliche Studien belegen, dass der ökologische Landbau das emissionsärmere Produktionsverfahren darstellt. Die Vorzüglichkeit des Biolandbaus begründet sich v.a. durch:

- Humusaufbau und damit Kohlenstoffrückbindung auf ökologisch bewirtschafteten Flächen,
- niedrige Stickstoff- und Energieinputs u.a. durch Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel und den Anbau von Leguminosen,
- eingeschränkten Zukauf von Futtermitteln,
- längere Lebensleistung in der Tierhaltung und emissionsärmere Festmistssysteme.

Der Biolandbau kann daher eine zentrale Rolle als Problemlöser einnehmen, da er Produktivität mit dem Schutz natürlicher Ressourcen bislang am besten vereint (siehe Bioland-Hintergrundpapier: „Klimaschutz und Biolandbau in Deutschland“).

Die Bioland Bundesdelegierten fordern die Bundesregierung auf,

- ... die **Agrar- und Ernährungspolitik als Teil der Klimapolitik** auszurichten – mit konkreten Reduktionszielen.
- ... den **Biolandbau als Leitbild** einer ressourcen- und klimaschonenden Landnutzungsform zu verankern.
- ... Maßnahmen für den Klimaschutz zu fördern und sich dafür einzusetzen, dass mit der **Agrarreform ab 2014** die Agrarpolitik den gesellschaftspolitischen Anforderungen und umweltpolitischen Herausforderungen grundsätzlich angepasst und neu ausgerichtet wird.
- ... einen politischen Strategiewechsel mit der **Zielvorgabe „Vorrang der Ackerflächen für die Lebensmittelproduktion“** einzuleiten. In Deutschland werden bereits 14 % der Ackerfläche für die Produktion von Energiepflanzen beansprucht – in Konkurrenz zur Lebens- und Futtermittelproduktion. Darunter fallen die ökologisch bedenkliche Erzeugung von Raps für die Produktion von Agrardiesel, von Energiemais für Biogas sowie von Zuckerrüben und Getreide für Ethanol. Der **umweltpolitisch kontraproduktive Förderanreiz zum Maisanbau für Biogas ist im Energie-Einspeise-Gesetz zu beseitigen.**

- ... die **offensive Exportstrategie für tierische Lebensmittel zu stoppen**. Diese ist aus Sicht des Klima- und Umweltschutzes kontraproduktiv. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Förderung des Biolandbaus und des Absatzes von Biolebensmitteln sind die adäquate Strategie zur Bewältigung der „neuen Herausforderungen“.
- ... aus der erdölabhängigen Landnutzung und Tierhaltung auszusteigen. Stickstoffüberschüsse und damit Lachgasemissionen infolge von synthetischer Stickstoffdüngung und nicht sachgemäßer organischer Düngung sind drastisch zu reduzieren. Die **Einführung einer Stickstoffabgabe** dient diesem Ziel.
- ... ein **Maßnahmenpaket zum Schutz von Mooren und Grünland** – mit Fördermaßnahmen für die Renaturierung von Mooren und entwässerten Grünlandböden. Kurzfristig ist eine Trendumkehr beim Grünlandumbruch anzustreben und mittelfristig Ackerland auf Mooren und hydromorphen Böden in Grünland umzuwandeln. Die Maßnahmen müssen eng mit den Zielen der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung verknüpft werden.
- ... die **Nutzung von Grünland** mittels **ökologischer Milch- und Fleischproduktion** mit Wiederkäuern zu stärken und so den Erhalt von Grünland insgesamt zu verbessern.
- ... den **Anbau von Leguminosen** sowohl durch die Förderpolitik als auch durch entsprechende Züchtungsprogramme zu **unterstützen**. Dadurch wird synthetischer Stickstoffdünger ersetzt und durch Humusaufbau CO₂ im Boden gespeichert.
- ... die **Forschung für klimafreundlichere Anbaumethoden** massiv auszubauen. Für den Biolandbau sind über die Mittel des Bundesprogramms Ökologischer Landbau hinaus weitere öffentliche Forschungsmittel für Forschung und Wissenstransfer zur Verfügung zu stellen - insbesondere auch aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- den **Biolandbau als Schwerpunkt in der Aus- und Fortbildung** von Landwirten und Gärtnern zu verankern. Dies gilt für die Lehrpläne der Berufsschulen wie für die Studieninhalte der Universitäten.
- ... ein **Maßnahmenpaket zur Verknüpfung von Klimaschutz, Ernährung und Gesundheit** zu erstellen. Eine Halbierung des Fleischkonsums entspricht den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE). Falsche Ernährung (insbesondere zu viel Fleisch) und die daraus resultierenden ernährungsmitbedingten Erkrankungen führen in Deutschland jährlich zu Folgekosten in Höhe von 70 Mrd. €. Die Durchführung einer **Informations- und Motivationskampagne zur Reduzierung des Fleischkonsums** unter dem Motto „Weniger Fleisch“ ist dringend geboten. Darüber hinaus bedarf es einer **Kampagne zur Verringerung der Wegwerfrate von Lebensmitteln** in Haushalt, Handel und Herstellung. Denn über 20 % der Lebensmittel landen im Müll.

Synergieeffekte mit den Bereichen Gewässer-, Boden- und Naturschutz sind bei der Gestaltung von Maßnahmenpaketen zu berücksichtigen. Der ökologische Landbau bietet sich als Lösungsstrategie bei der Bewältigung dieser Herausforderungen besonders an.

Ausführliche Informationen erhalten Sie im Bioland-Hintergrundpapier: „Klimaschutz und Biolandbau in Deutschland“, welches unter www.bioland.de heruntergeladen werden kann.